

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

59. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., einl. Postbestellgebühr. Zur Postbezug, Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 25. August 1921

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf., die übrigen 100 Pf.; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 98

### Bekanntmachung

Der Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker wird für den

19. September und folgende Tage

nach Berlin, „Vereinshaus Deutscher Ingenieure“, Sommerstraße 4a, zu Verhandlungen einberufen. Vorkäufiger Beratungsgegenstand ist

der Gehilfenantrag auf Erhöhung der Löhne

Eventuell weitere Beratungsgegenstände wird das Tarifamt noch bekanntgeben.

Berlin, 19. August 1921.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

Hans Heenemann,  
Prinzipalsvorstand.

Robert Braun,  
Gehilfenvorstand.  
Paul Schliebs, Geschäftsführer.

### Einberufung des Tarifausschusses

Wie aus vorstehender Bekanntmachung des Tarifamts ersichtlich, wird der Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker am Montag, dem 19. September, wiederum zusammenzutreten, um auf Antrag der Gehilfenvertreter die auf tariflichem Gebiet infolge der ganz außerordentlich veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse eingetragenen unbilligen Zustände einer gründlichen und zweckmäßigen Reform zu unterziehen. Wir glauben in Anbetracht der heutigen Zustände, die jeden Kollegen selbst aufs tiefste berühren, an dieser Stelle davon Abstand nehmen zu können, in längeren Darlegungen die Gründe dieser Einberufung der obersten Tarifinstanz der deutschen Buchdrucker näher auseinanderzusetzen. Ganz abgesehen davon, daß der Zusammentritt des Tarifausschusses schon infolge des Ende September fälligen Ablaufs der zur Zeit geltenden zentralen Vereinbarungen über die Wirtschaftsbilligkeit im Laufe des nächsten Monats erforderlich gewesen wäre, ist es sozusagen eine in der Luft liegende unerbittliche Notwendigkeit geworden, auch ohne diese formalen Gründe dem Tarifparlament so rasch wie möglich zu einer Lösung der sich von Tag zu Tag steigenden Verwirrung der beiderseitigen Rechte und Pflichten der Kontrahenten innerhalb der Tarifgemeinschaft Gelegenheit zu geben.

Die Gehilfenvertreter hätten es selbstverständlich viel lieber gesehen, wenn der Zeitpunkt der Einberufung des Tarifausschusses erheblich früher hätte festgelegt werden können. Doch stehen dem neben sachlichen Schwierigkeiten allgemeiner Natur insbesondere solche organisatorischer Art auf Unternehmensebene entgegen, die auch von unserer Seite nicht unbeachtet bleiben dürfen. Der Deutsche Buchdrucker-Verein hält bekanntlich am 7. und 8. September d. J. in Bad Wildungen seine diesjährige Hauptversammlung ab; wodurch dessen Leitung und mit ihr fast alle Tarifvertreter der Prinzipalität persönlich in Anspruch genommen sind. Außerdem erfordert die von unserer Seite unter allen Umständen durchzuführende Reform der gewerblichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse auch auf Prinzipalseite endlich größere Klarheit über das, was zu geschehen hat, um den gegenwärtigen unbilligen Zuständen ein Ende zu machen. Wäre es festliegend, daß auf Prinzipalseite gar keine Möglichkeit und Neigung vorhanden wäre, auf die zellgemeinen Forderungen der Gehilfenchaft einzugehen, so hätte eine solche Rücksichtnahme auf organisatorische Schwierigkeiten für die Prinzipalität im deutschen Buchdruckerwesen auch für die Gehilfenchaft gar keinen Zweck mehr. Sein oder Nichtsein der zentralen tariflichen Ordnung hinge dann nur noch von einer durch die Gehilfenvertreter einseitig beantragten Einberufung des Tarifausschusses innerhalb weniger Tage ab. Für den Verband der Deutschen Buchdrucker, der trotz aller mehr oder weniger erfreulichen Erwerbungen auf tariflichem Gebiet in seinen Grundfesten noch unerschütterlich dasteht und weit über 90 Proz. aller deutschen Buchdruckergehilfen in seinen

Reihen vereinigt, wäre diese Eventualität zwar weit weniger bedenklich als für den Deutschen Buchdrucker-Verein, in dessen Gebälk der Wurm des Mißtrauens zwischen „Groß“ und „Klein“ schon seit Jahr und Tag kein zerfressendes Handwerk ausübt. Aber damit wären auch die letzten bisherigen Grundlagen für eine einseitliche Ordnung der gewerblichen Verhältnisse im deutschen Buchdruckerwesen der Auflösung verfallen!

Die Gehilfenchaft könnte in einem solchen Zustand des „Gauktrechts“ auf Prinzipalseite im Interesse einer zellgemäßen Reform der gewerblichen Grundlagen in Großstadt wie Provinz keinen Fortschritt erblicken. Sie würde sich sicher in einzig dastehender Geschlossenheit allen weiteren reaktionären Versuchen des Unternehmertums zur Verschlechterung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse entgegenstemmen und zweifellos auch weitere Verbesserungen an vielen Orten durchdrücken. Aber das wäre nicht ihr Ideal, nicht die Lösung der sozialen Frage, wie sie durch Vergangenheit und Gegenwart im Interesse der Gesamtheit der Kollegen- und Arbeiterchaft unerlässlich geworden ist. Gleichwie sie sich gewerkschaftlich organisiert hat, um allen Kollegen bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen zu erringen, ist sie auch von der Erkenntnis durchdrungen, daß dies nur auf dem Weg einer einheitlichen Zusammenfassung und Verwertung aller materiellen und geistigen Produktionsmittel im ganzen Gewerbe zu erreichen ist.

Aus solchen Gründen, deren Beachtung sowohl im Interesse eines jeden einzelnen Kollegen wie der gesamten Volkswirtschaft liegt, soll und kann der Prinzipalität die Möglichkeit gelassen werden, sich auf ihrer Haupttagung in Bad Wildungen klar darüber zu werden, was sie angesichts dieser Situation zu tun und zu lassen hat! Die Verlegung der Einberufung des Tarifausschusses hinter den Zeitpunkt dieser Tagung ist daher ein qualitatives Element, das der Gehilfenchaft in keiner Weise zum Nachteil gereichen kann. Die Gehilfenchaft ist durch das bisherige kurzfristige Verhalten der Prinzipalität sowohl wirtschaftlich wie organisatorisch so weit gekommen, daß ihr irgendwelche weitere scharfmacherische Beschlüsse von jener Seite weder Furcht noch Verzweiflung einflößen können. Die Prinzipalität weiß ganz genau, was die Gehilfenchaft will; sie kennt aus allen Tarifausschublungen der letzten beiden Jahre die Grundlagen aller Gehilfenforderungen.

In dieser Hinsicht hat sich auch in der Zwischenzeit nichts geändert; im Gegenteil, die ganze bisherige volkswirtschaftliche (einschließlich der engeren gewerblichen) Entwicklung hat die Berechtigung dieser Grundlagen aller Gehilfenforderungen wie auch deren Notwendigkeit nur befestigt. Es handelt sich immer noch nur darum, daß die Prinzipalität sich endlich darüber klar wird, daß ihre juristisch verkaufelten und daher weitfremden Behauptungen von dem „nichterbrachten Nachweis“ der Berechtigung der Gehilfenforderungen zum alten Eisen und

zu jenen Argumenten gehören, an denen die Tarifgemeinschaft und mit ihr der letzte Rest gewerblichen Friedens zugrunde gehen werden, weil sie den tatsächlichen Verhältnissen sozusagen ins Gesicht schlagen und der Gehilfenchaft auch noch den letzten Funken von Arbeitsfreude rauben!

Am der Gehilfenchaft liegt es nunmehr, alles zu vermeiden, was bis zur Entscheidung durch den Tarifausschuß die Kräfte der Organisation auch nur im geringsten noch schwächen könnte. Weder Verbandsvorstand noch irgendein Gehilfenvertreter verheimliche die schwere Not der Kollegenchaft, und keiner unserer führenden Kollegen weise sich als Mensch völlig frei von jedem Verständnis für die in den letzten Monaten aufgestauten Einzelbewegungen und örtlichen Selbsthilfen. Aber jede in Teilkämpfen sich ausführende Wehrmacht verliert ihre Bewegungsfreiheit und Durchschlagskraft für höhere, gemeinsame Ziele. Möge daher die nunmehr aktuell gewordene Einberufung des Tarifausschusses die Kollegenchaft ganz Deutschlands in kraftvoller und selbstüberwindender Einheit und Geschlossenheit hinter den Verbandsvorstand und die Gehilfenvertreter stellen!

### Führerverantwortlichkeit

„Hoffmann!“ heute, „Kreuzigel ihn!“ morgen, so laufen die Inschriften der Meilensteine am Weg eines jeden Führers der Menschheit seit uralten Zeiten und nicht erst seit den Tagen von Golgatha. Führer und Masse sind Begriffe, die voneinander nicht nur losgelöst, sondern ebenso prinzipiell abhängig sind. Und doch liegt zwischen beiden eine Welt, die stärker ist als beide zusammen: die Welt der rauen Wirklichkeit, gegenüber jener des Wollens und des Könnens!

Die menschliche Vernunft als Produkt jahrtausendelanger Kämpfe des Menschengeistes mit den noch nicht voll erkannten Naturkräften ist so vielfach geteilt wie die Zahl der Menschen selbst. Die verschiedenen natürlichen Bedingungen des Lebens oder des Kampfes ums Dasein bilden den Divisor zu dieser Leistung. Die Beurteilung dessen, was ist, ist daher durchschnittlich viel weniger einheitlich, als die Erkenntnis dessen, was sein sollte. Alles was irgendwie die Lebensmöglichkeiten im allgemeinen erleichtern würde, hat den Anschein, jedem etwas zu bringen; dem einen mehr, dem andern weniger; aber immerhin doch fast jedem etwas. Daher kommt die Aufassung, daß wir uns in der Arbeiterbewegung in der Regel über das, was wir wollen, viel klarer sind, d. h. einseitlicher denken, als über das, was wir können. Denn eben dieses Können fehlt sich in seiner Gesamtheit nur aus der Summe aller Einzelwillen zur Erhäufung des gesteckten Zieles zusammen. Diese Einzelwillen sind aber in Wirklichkeit im Ernstfall ebenso voneinander verschieden, wie das reale Bedürfnis einschließend der Willensstärke jedes einzelnen auf Grund seiner natürlichen oder wirtschaftlichen „Verpackung“ und Veranlagung verschieden sind. Die Gesamtheit dieser Kräfte im idealen wie materiellen Sinne ist nicht für jeden einzelnen mit Leichtigkeit zu überlegen und abzuschätzen. Das kann sich erst aus einer längeren Beobachtung und Erfahrung an führender Stelle, d. h. von solchen Positionen aus, die auf größeres Vertrauen und entsprechenden Einblick in die wirklichen Verhältnisse, Kräfte und Neigungen vieler einzelner gestützt sind, ergeben.

Die gleichen Voraussetzungen gelten aber noch viel mehr für die reale Abhängigkeit aller generischen Kräfte. Von deren richtiger Erkenntnis ist jede Maßnahme zu ihrer Zurückdrängung oder Überwindung nicht minder abhängig als von jener der eigenen Kräfte. Und diese Verbindung und Beurteilung ist unter den heutigen entwickelten Macht- oder Wirtschaftsbeziehungen in der Regel viel schwieriger als jene im eigenen Lager. Sie erfordern weitgehendste Vorlicht und gesunde Erfahrung, um Unter- wie Überhebungen zu vermeiden, die leicht zu schweren Fehlschlüssen führen können. Denn auch der Gegner verschleiert seine Kräfte und seine Absichten, trifft seine Gegenmaßnahmen zur Abwehr. Dazu ist er um so leichter imstande, je geringer die Zahl seiner Glieder und je umfangreicher seine materiellen Machtmittel sind. Das erschwert jedem Führer größerer Massen die Möglichkeit zur öffentlichen Klärung seiner diesbezüglichen Erkenntnisse und Absichten, macht aber auch die Durchführung der letzteren zum größten Teil nur vom Anfang des

Vertrauens abhängig, das ihm von den Massen entgegengebracht wird. Und darin allein liegt die Macht aller Führer und Massen! Wird das Vertrauen innerhalb irgendeiner Organisation zu ihren Führern erschüttert, so sinkt in gleichem Maß auch die Macht der bestehenden Organisation.

Führer sind keine Götter, sind Menschen wie wir alle, menschlichen Irrtümern und Fehlern unterworfen wie wir alle. Es kann und darf keine Rede davon sein, daß sie für ihr Tun und Lassen nicht verantwortlich wären; sie müssen so schnell wie möglich von der Bildfläche verschwinden, wenn sie das in sie gesetzte Vertrauen absichtlich oder fälschlicherweise mißbrauchen. Und es fehlt naturgemäß nicht an Beispielen innerhalb der Arbeiterbewegung, bei denen Führer sich des in sie gesetzten Vertrauens unwürdig erweisen haben. Aber zur Ehre der deutschen Arbeiterkassell kann es ausgesprochen werden, daß solche Fälle besonders in den Gewerkschaften nur sehr vereinzelt vorgekommen sind. Insbesondere innerhalb unseres Verbandes haben wir noch keinen einzigen Fall, der in den Annalen der gesamten deutschen Arbeiterbewegung einen unverfälschten Eindruck hinterlassen wird. Seit Bestehen unserer Organisation bildet das Verantwortlichkeitsgefühl der Führer der deutschen Buchdrucker einen wohlhin anerkannten Markstein der Arbeiterkassell. Und es bestände von dieser Seite her kein Anlaß, die Frage der Führerverantwortlichkeit für uns Buchdrucker besonders aufzuwerfen, wenn nicht in neuerer Zeit sowohl von einzelnen Kollegen wie von Unternehmern das Vertrauen der Kollegenkassell zu ihren Führern, hauptsächlich gegenüber jenen im Verbandsvorstande, gegenüber Gewerkschaften und Gewerkschaften systematisch zu untergraben versucht würde. Vom Verbandsorgan sei hier ganz abgesehen; denn dieses stand von jeher im Brennpunkte von Haß und Günst der Parteien.

Man kann Verständnis dafür haben, wenn angesichts der luridbaren Not der Zeit die Unzufriedenheit mit den bestehenden Lohnverhältnissen alles bisher Dagewesene überstrift. Es wäre traurig, wenn diese Unzufriedenheit geringer wäre; es würde dies dem Freiheitsdrang und Kulturbedürfnisse der deutschen Buchdrucker ein Armutszeugnis ausstellen. Aber es gehört ein hohes Maß von Unvernunft und Auralität gegenüber den gesamten gegenwärtigen wirtschaftlichen Zusammenhängen dazu, um dafür die Führer verantwortlich zu machen. Weber jene der deutschen Buchdrucker noch die einer anderen freien Gewerkschaft haben die gegenwärtige Notlage der deutschen Arbeiterkassell hervorgerufen, sondern einzeln und allein die Verlecher und Anbänger der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung mit ihrer Klassenbereitschaft. Gegen letztere kämpfen die Führer der Gewerkschaften schon seit vielen Jahrzehnten. Jede Stunde Arbeitszeitverlängerung, jede Mark-Lohnerböschung, die schon vor dem Streik ohne Streik, d. h. ohne aktiven Wirtschaftskrieg, erzielt wurden, bedeuteten einen Schritt mehr auf dem Wege der Betretung der Arbeiterkassell. Das das Tempo dieser Bewegungen ein viel zu langsames war, lag weniger an den Führern als an der noch verhältnismäßig geringen Zahl der organisierten Arbeiterkassell. Und wenn heute, nach dem Streik und trotz revolutionärer politischer Umwälzungen, das Tempo dieser Freiheitsbewegung, statt vom Flecke zu kommen, scheinbar stockt, so liegt auch das weniger an den Führern der Gewerkschaften, als an den zunehmenden

Abwehrbedürfnissen der Arbeiterkassell, die ganz genau wissen, daß sie viel mehr zu verlieren, als noch zu gewinnen haben. Sie wehren sich gegen diese Gefahr mit Ausbleitung ihrer eigenen Kräfte. Alle erfahrenen Arbeiterführer haben diese Entwicklung schon längst bemerkt und haben erkannt, wie gefährlich es für die Arbeiterkassell ist, ihre Kräfte in willkürlichen Einzelkämpfen zu verzetteln. Nach dieser durch alle Erfahrungen im wirtschaftlichen Ringen der Arbeiterkassell als richtig befürworteten Beurteilung jedes Streiks ist dieser sinngemäß mit dem Streik im allgemeinen zu vergleichen. Weder Streik noch Streik bauen auf; beide sind Werke der Zerstörung. Nach jedem Streik oder Streik sind Krümmen der Zerstörung erst wegzuräumen; Gesellens zu begraben, Verwundete zu heilen und Kriegsbeschädigte zeitliche Hilfe zu leisten, sei dies nun körperlich, moralisch oder wirtschaftlich. Es sind Befreiungen, die alle jungen Kräfte, die aus den zerstörten Ruinen nach jedem Kampfe wieder emporbringen, nur kümmerlich gedeihen lassen und erst späteren Generationen Früchte bringen.

Der verhängnisvolle und doch nur natürliche Ausgang des Weltkriegs hat Deutschlands sifferhaltig aufgewachte politische Stimmung in Trümmer gelegt. Die deutsche Arbeiterkassell ist dadurch äußerlicher formeller Felsen losgerissen. Aber der Fels, auf dem die ehemalige leudale Zwangsburg stand, in dessen Stufenmatten die Arbeiterkassell frondet, die privatkapitalistische Wirtschaftsordnung, ist geblieben. Sie drückt sogar in ihrer von allem täuschenden Fülle entblößten Profilierung schwerer als je zuvor. Und zwar deshalb, weil als Bundesgenosse der um ihre Profitquellen bangenden und zu rücksichtsloser Abwehr entschlossenen Unternehmer die Drahtsaat des gegenwärtigen Mißtrauens und der Erschütterung des Vertrauens zu den eigenen Führern die Reiben der Arbeiterkassell zu spalten sucht. Alle, im jahrelangen Kampfe mit den wirtschaftlichen Feinden der Arbeiterkassell erfahrenen Führer werden als Feindlinge und Verräter der Arbeiterkassell bezeichnet, weil sie die Massen nicht sorgfältig zu neuen Kämpfen und Streiks aufpeitschen, sondern gegen solche Desparadopolitisch Front machen. Dabei hat noch keiner dieser Ankläger daran gedacht, daß die Führer von den wirtschaftlichen Folgen eines Streiks in den meisten Fällen am allerwenigsten betroffen werden; daß sie selbst in der Regel ja gar nicht mitzukämpfen brauchen. Daß sie also sowas für ihre Person viel weniger zu fürchten hätten, als die von ihnen in den Streik gestellten Massen. Was kann also diese Männer von der Streikluft anders abhalten, als die hohe Verantwortlichkeit für das Beste der Mitglieder ihrer Organisation, durch deren Vertrauen sie zum Führer erwählt wurden? Unverantwortliche Verräter der Arbeiterkassell wären sie, wenn sie entgegen ihrer inneren Überzeugung ihre Gruppen in einen Kampf führen würden, der nach ihrer Auffassung keine legitime Aussicht bietet, den Einsatz an Opfern der Kämpfenden zu rechtfertigen.

Wohl leicht und zeitig der Feind zum Kampfe; aber doch in der Regel nur dann, wenn er sich stark genug fühlt, den Kampf gleich zu betreten. Nur Führer, die kein Verantwortlichkeitsgefühl haben, können sich dadurch betören lassen und von dem harten Wege der Pflicht abzuweichen, nur um sich die Günst empörrer Massen zu erwerben. Gewissenhafte Führer, die sich selbst in den erregtesten Seiten die klare Erkenntnis der jeweiligen Situa-

tion nicht trüben lassen, lassen sich dabei auch lieber verböhnen und beschimpfen, als mit dem Schicksale der Massen ein freiespielendes Spiel zu treiben. Und wo es über ihre Macht geht und ging, Ausbrüche des Unmuts und der Ungeheuerlichkeit zu verhindern, hat der Ausgang all dieser eigenmächtigen Bewegungen ihnen noch immer Recht gegeben. Mögen auch da und dort einige kühne Vorkühne einzelner Organisationsstellen einen nach außen hin scheinbar glänzenden Verlauf genommen haben, hinter den Stillen steht es in der Regel ganz anders aus. Denn noch kein Kampf hat nur einem Teile Wunden geschlagen. Immer gibt es auf beiden Seiten Opfer. Auf Arbeiterseite wegen dieser Opfer aber schwerer; denn selbst einem noch so hart geschädigten Unternehmer bleiben in der Regel immer noch zwei Mittel zur Weiterführung seiner Existenz als den Streikopfern auf Arbeiterseite. Aber diese Opfer mit präventativen Seiten hinneinzuhalten, kann kein ehrlicher Führer fertigmachen. Er muß sie in Rechnung stellen, ehe er zum Kampfe aufruft. Und dabei darf und kann er das letzte Mittel auch erst dann in die Waagschale werfen, wenn er wirklich keinen anderen Ausweg mehr sieht und wenn das Kampfesziel ein solches ist, das auch das letzte Mittel rechtfertigt. Mit äußerster Anspannung aller seiner Kräfte muß dabei jeder pflichtbewusste Führer alle Möglichkeiten erschöpfen, die dem Streik näher führen, ehe er alles auf eine und die letzte Karte setzt. Sind alle anderen Mittel erschöpft, löst sich ein Kampf auch mit dem besten Willen nicht mehr vermeiden, dann muß aber der Kampf auch mit der gesamten Kraft der Organisation geführt werden können, wenn er zum Ziele führen soll. Nur ein innerlich und äußerlich geselliger Organisationskörper bietet die Sicherheit, einem starken Gegner mit Aussicht auf Erfolg gegenüberzutreten zu können. Eine in sich geschlossene Organisation, getragen von einem unerlöschlichen Vertrauen der Massen zu den Führern, bildet schon vor dem Kampfe eine große Gefahr für die Gegner.

Ein Narr, wer da glaubt, die Führer seien imstande, eine solche Position einzunehmen oder zu halten, wenn nicht die Massen selbst auf den Gegner den Eindruck machen, daß die Führer in ihrem Namen sprechen und handeln. Im Gegenteil, je höher die Schimpfweile gegen die Führer ist, desto deutlicher wird für den Gegner deren Ohnmacht. Denn weder fulminante Entschuldigungsresolutionen in den Versammlungen, noch kraftstrotzende Artikel im „Aor.“ erschüttern die Widerstandskraft des Unternehmers, sondern männliches, charaktervolles Verhalten eines jeden Verbandskollegen im Geschäft, bei der Arbeit, im Verkehr mit Leinestgenossen und nicht zuletzt mit den Geschäftsstellen und den Unternehmern. Hier allein sind die Quellen, die die Macht der Führer schwächen oder stärken. Erst von hier aus ergibt sich für die Vertreter der Unternehmer bei allen Verhandlungen das Maß der Achtung vor den Forderungen der Arbeiterkassell.

Wir haben keine Führer von „Gottes Gnaden“, sondern nur von Volkes Gnaden. Und jeder hat das Buchdruckerwerk seine Führer selbst gewählt. Wir beschimpfen uns dabei auch nur selbst, wenn wir unsere Führer in der Achtung unserer Gegner herabsehen. Und dann noch eins: Wir sind selbst „Unternehmer“, in deren Denken unsere Führer als „Arbeiter“ stehen. Werden aber diese unsere „Arbeiter“ von uns als „Unternehmer“

## Wie der Achtstundentag gekommen ist!

Wer erinnert sich noch der glühenden Begeisterung, die der große und schöne Gedanke der internationalen Arbeiterdemonstration für den Achtstundentag im Anfang in uns wachgerufen hat. Ich bin wohl nicht der einzige gewesen, der am Morgen des ersten Mailtags im Jahre 1890 zum Blumenladen ging, um einen schönen Blumenstod zu kaufen und ihn meiner alten Mutter zu bringen mit den freudigen Worten: Mutter, heute ist unser bester Festtag! Ich fühle noch heute, nach 31 Jahren, die innerliche Feierlichkeit, die mich an jenem Tag und auch in den folgenden Jahren jedesmal am 1. Mai erfüllte.

Dieser alljährliche begeisternde Ruf nach dem Achtstundentage, das immer neu angelegte Sebnen und Verlangen nach Erfüllung dieser großen Forderung der internationalen Arbeiterbewegung hat auch bei uns in Deutschland die allmähliche Verkürzung der Arbeitszeit in starkem Maße gefördert und so die Vorbedingungen mitgeschaffen, die für die Durchführung des Achtstundentags nötig waren, als dieser im November 1918 zur Wirklichkeit wurde.

Am 10. November 1918, dem Tage der Revolution in Berlin, suchte auch ich mich nach Möglichkeit für die Arbeiterbewegung nützlich zu machen. Gegen Abend aber fühlte ich mich daheim an meinen Arbeitsstisch und entwarf die Forderungen der Gewerkschaften, die zu der bekannten Vereinbarung mit den Vertretern der großen Arbeitgeberverbände, die das Datum des 15. November 1918 trägt, führten. Mit diesen Arbeitgebervertretern, von denen ich die Namen Einnes, Jüngerberg, Wögel, Hilger, Borfig, Deutsch, Rathenau, Raumer nenne, hatten wir in den letzten Monaten und Wochen vor der Revolution schon wiederholt verhandelt. Sie, die im Jahre 1915 das Angebot der Gewerkschaften auf Errichtung einer Arbeitsgemeinschaft während des Krieges noch entliehen abgelehnt hatten, waren nunmehr von ihrem Stolze bekehrt und hatten sich durch neutrale Vermittlung an uns gewandt, um den Plan einer Arbeitsgemeinschaft jetzt doch zu verwirklichen. In der letzten Zusammenkunft kurz vor der Revolution waren Herr v. Raumer und ich beauftragt worden, einen Entwurf aufzustellen. Am 9. November hatte ich zu diesem Zweck v. Raumer in seiner Wohnung aufgesucht, jedoch die Ergebnisse dieses

Zuges, die Vorboten des Umsturzes am 10. November, liehen uns beide von dem beabsichtigten Beginnen Abstand nehmen. Am Abend des 10. November formulierten ich dann statt des Entwurfs für eine Arbeitsgemeinschaft die erwähnten Forderungen an die Arbeitgeberverbände.

Mit meinem Entwurfe suchte ich am Morgen des 11. November Begien auf, der ihm natürlich sofort zustimmte. Wir gingen beide darauf zu Stegerwald, der als Vertreter der christlichen Gewerkschaften auch an den vorausgehenden Verhandlungen mit den Arbeitgebern teilgenommen hatte und nun auch sein Einverständnis mit den aufgestellten Forderungen erklärte.

Noch an demselben Tage legten wir, Begien, Stegerwald und ich, namens der Gewerkschaften unsere Forderungen den Arbeitgebervertretern vor. Wir erklärten, über die Errichtung einer Arbeitsgemeinschaft in diesem Augenblicke nicht weiter verhandeln zu können, sondern zunächst auf Erfüllung der überreichten Forderungen bestehen zu müssen. Zunächst aber verlangten wir, daß diese Forderungen von der Gesamtheit der Arbeitgeber anerkannt würden und deswegen eine offizielle Vertretung der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände herangeboll werden müsse.

In zwölftägigen Verhandlungen gelang es uns, unsere Forderungen durchzusetzen und den Vorkauf der Vereinbarungen festzusetzen. Die Anerkennung der Gewerkschaften und des Grundgesetzes der Parität in der Verwaltung des Arbeitsnachweises hatten die Arbeitgebervertreter schon in den Vorverhandlungen ausgesprochen. Aber gegen den Achtstundentag erhoben die Herren zunächst noch abierliche Einwendungen, besonders die, daß seine Durchführung nur auf dem Weg internationaler Vereinbarung möglich sei und daß die deutsche Industrie ruiniert würde, wenn er allein in Deutschland eingeführt werde. Aber wir liehen keinen Einwand mehr gelten, und schließlich sprach Herr Rathenau das entscheidende Wort, indem er sagte, daß ein längerer Streik nichts mehr nützen könnte. Er mußte zugeben, daß der Achtstundentag, diese ideale Forderung der Arbeiterkassell, ihr jetzt am Tag ihres Sieges zu gewähren sei, und er empfahl, ihn durch Vereinbarung mit den Gewerkschaften freiwillig zu gewähren, ehe die mit Sicherheit zu erwartende Verordnung der Volksbeauftragten seine zwangswelche Einführung vorschreibe.

Ähnlichen, aber ebenlo vorgebildeten Widerstand fand die Forderung, daß die Arbeitgeber sich von den großen Gewerkschaften völlig losagen sollten. Ebenlo die Ausdehnung der tarifvertraglichen Regelung der Arbeitsbedingungen auf alle Betriebe in sämtlichen Berufen.

Am 14. November konnten wir der von der Generalkommission einberufenen Vorstandskonferenz die Vereinbarung zur Genehmigung vorlegen und am 15. November wurde sie von den beiderseitigen Vertretern endgültig unterzeichnet. Ich will ihren hauptsächlichsten Inhalt dem Leser in Erinnerung rufen:

Alljährliche Anerkennung der Gewerkschaften. Unbeschränkte Koalitionsfreiheit. Willige Freilassung der Geben, Wiedereinstellung aller Kriegsteilnehmer, Paritätische Arbeitsvermittlung. Die Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen in sämtlichen Berufen sind durch Tarifverträge festzusetzen, die Verhandlungen hierüber ohne Verzug aufzunehmen und schlußendlich zum Abschluß zu bringen. Einsetzung von Arbeitsvermittlungen, die darüber zu wachen haben, daß die Verhältnisse des Betriebs nach Maßgabe der Kollektivvereinbarungen geregelt werden. Das Abschließen der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit wird für alle Betriebe auf acht Stunden festgelegt, Vornährungen dürfen aus diesem Anlaß nicht stattfinden.

Als am 15. November 1918 die Unterschriften unter dieser Vereinbarung vollzogen wurden, da erinnerte ich mich wieder der starken Gefühle, die am Morgen des ersten Mailtags im Jahr 1890 meine jugendliche Brust erfüllten, als ich voll freudiger Begeisterung für den hehren Gedanken der Mutter meiner Mutter den Blumenstod auf den Tisch stellte. Ich dachte auch an die gewaltigen Kämpfe, die so oft mit der Mutter verbunden waren, und an die großen Opfer, die von der organisierten Arbeiterkassell bei den zahllosen Streiks für die Verkürzung der Arbeitszeit in den vergangenen Jahrzehnten gebracht werden mußten, bis endlich das Ziel erreicht werden konnte.

In diese Kämpfe und diese Opfer möge die Arbeiterkassell sich stets erinnern und daraus lernen, daß uns der Achtstundentag nicht von selbst in den Schoß gefallen ist. Viele zehntausende Vorkämpfer haben um ihn gestritten und gestritten. Möge die jetzige und die zukünftige Generation der Arbeiterkassell mit der gleichen Liebe und Treue ihn hüten wie ihren größten Schatz, so wie er in der Vergangenheit uns als unser großes Zukunftsideal immer vorgeschwebt hat.

H. P. P. P., Vorsitzender des A. O. G. B.

persönlich wie materiel so behandelt, wie wir alle wünschen, von den Unternehmern behandelt zu werden? Die Betriebsräte wollen ein Lied davon zu singen, wie unlagbar schwer es ist, als Prellbock zwischen Unternehmerium und Arbeiterchaft zu stehen; es häufen sich die Unmutsüberlegungen und Verdächte auf diese „Ehrenposten“ leitens unzähliger Betriebsratsmitglieder. Und immer geringer wird die Zahl derjenigen, die sich zu solchen Vertrauensposten der Arbeiterchaft noch ergeben wollen. Möge dieses Verzagten an der streitbaren Kraft der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung nur eine vorübergehende Erschlaffung sein, und allen, die es angeht, die Augen öffnen, ehe es zu spät ist!

K. D. (Leipzig).

### Goll es so weitergehen?

Große Wotpreiserrhöhung, gewaltige Steigerung aller sonstigen Lebensbedürfnisse wie Kartoffeln, Gemüse, Obst, Fett, Milch, Butter usw., drohende gewaltige Erhöhung der indirekten Steuern namentlich auf Zucker, Kohlen, Beleuchtungsmittel, Verdoppelung der Umsatzsteuer aller sonstigen Artikel, Wohnungsabgabesteuer, Vererbschaftung der Invalidenversicherungsbeiträge, Erhöhung der Wohnungsmieten — und den geduldeten Buchdruckergehältern wird von der großmütigen, „lokalen Verstandnis“ besitzenden Prinzipalität eine Erhöhung der Wirtschaftsbekämpfung bewilligt, die für die Monate August und September die herkömmliche Summe von 10 Mk. bei den Ausgelernten bis hinauf zu 45 Mk. für den alten Verbeirateten beträgt! Also pro Tag eine sogenannte Lohnerrhöhung von 38 Pf. bis zu 1,73 Mk. als „Ausgleich“ für die inzwischen riesenhaft gestiegene Lebenshaltung. Die Buchdruckergehältern, diese schon vor der Revolution so gut organisierten und geschulten „Pioniere“ der Arbeiterchaft, lassen auch diesmal wieder im großen und ganzen die von den Führern verlangte Missbilligung, obwohl ihnen nach jeder der schon stattgefundenen Lohnverhandlungen, bei denen der Prinzipalität jedes geringste finanzielle Zugeständnis direkt abgewürgt werden mußte, gesagt wurde, bei der „nächsten“ Gelegenheit würde unbedingt eine Anpassung unseres Welt hinter den tatsächlichen Bedürfnissen zurückgebliebenen Einkommens stattfinden müssen. Enttäuscht und erbittert konnten sie dann aber immer wieder die Feststellung machen, daß die Preise für alles weiterstiegen, der Buchdruckerlohn aber in weitem Abstände folgte, zur Zeit nicht einmal im Durchschnitt das Achtfache des Friedenslohns beträgt, während die Anforderungen an den Geldbeutel um das 12- bis 25fache angewachsen sind. Als Folge davon zeigt sich eine immer größer werdende Verelendung der früher so hochstehenden Buchdruckerarbeiterchaft, die Verbilligung wächst mit jedem Tag und führt eben dazu, daß trotz allem Abstrichen und Mahnen der Führerschaft, gezwungen durch die kraftvolle Not, da und dort wilde Streiks auszuführen und die Stimmung in der großen Mehrheit der Gehilfenchaft höchstens besänftigt wird. Verbandsorgane und Tarifinstanzen müssen dann mit allen Mitteln wieder den lokalen Brand zu löschen versuchen. Das muß aber doch mit aller Deutlichkeit gelangt werden: Trotz aller gutgemeinten Wünsche der Verbandsleitung, trotz der durch Generalversammlungsbeschlüsse festgelegten Haltung des „Aorr.“ mit Berufungs- und Warnungsartikeln: Wenn die Prinzipalität nicht endlich ein Einsehen hat mit der wirklich vorhandenen Notlage der Gehilfenchaft, wenn nicht unser Lohnminimum auf mindestens das Sechsfache des Friedenslohns gebracht wird, dann wird es bald überall zur Explosion kommen; so wie bisher kann es unter keinen Umständen mehr weitergehen. Mag auch beim Aöner Streik die dortige Prinzipalität in der letzten Nummer des von ihr selbst herausgegebenen „Nachrichtenblattes“ selbstgefällig schreiben, daß sich das kollektive Zusammenarbeiten der Aöner Buchdruckerprinzipale und Leitungsorgane aller bürgerlichen Parteien glänzend bewährt habe, was wohl die Gehilfenchaft nicht erwartet, besonderer Dank aber auch den Kollegen aus anderen Städten, die den Aöner zu Hilfe eilten, ausgesprochen wird, die dann auch noch des Dankes der rheinischen, ja der ganzen deutschen Prinzipalität licher sein dürfen! — Sollte die Gesamtprinzipalität es auf eine Machtpose ankommen lassen, wird sicher die Gehilfenchaft noch ein glänzenderes Beispiel der Solidarität bieten, wie es die Aöner Prinzipale von sich behaupten wollen. Wie weit diese Unternehmerloyalität sogar geht, wenn es gegen berechtigte Forderungen der Gehilfen aufzutreten heißt, zeigt in bengalischer Beleuchtung wohl die Tatsache, daß beim „Mainzer Nachrichtenblatt“, was anlässlich des dortigen Streiks herauskam, dem dortigen französischen „Echo du Rhin“ einige Spalten in französischer Sprache zur Verfügung standen. Ist so der Unternehmer sogar mit dem sonst so heilig bekämpften „Arbeitslohn und Bedrückung“ einig, so wird es unter den über 70000 Verbandsmitgliedern wohl kaum einen einzigen geben, der nicht bereit wäre, sein Leben hinzugeben, wenn uns durch den Übermut und die Stolzhaftigkeit unserer Prinzipale das vorentbaltene würde, was uns zur Führung eines menschenwürdigen Daseins unbedingt zukommt. Hier lange Jahre haben wir während des Krieges draußen und dabei für die Interessen anderer gebungelt und gestritten, so können wir wohl auch einmal, wenn uns der Kampf aufgewungen wird, für unser eigenes Interesse den Hungerriemen noch enger schnallen, wie es jetzt schon der Fall ist.

Darum, Verbandsvorstand und Gehilfenvertretung, bleibt hart, wenn man uns bei der nächsten Lohnverhandlung trotz der zwingendsten Notwendigkeit wieder mit ein paar Promilen abspülen will. Die Gesamtgehilfenchaft wird in dem Falle geschlossen hinter euch stehen! Wenn lieber noch ein Ende mit Schreien, als eine langsame, aber sichere Verelendung!

P. K. (Freiburg i. Br.).

### Immer derselbe

Wenn wir heute einen Blick werfen auf die letzten Vorgänge auf tariflichem Gebiete, so brauchen wir uns über den ewig ablehnenden Standpunkt, den unsere Prinzipalvertreter bei den Tarifverhandlungen einnehmen, eigentlich gar nicht zu wundern. Es ist ja immer noch so gewesen; es ist traditionelle Gewohnheit. Die eigentliche Ursache mag vielleicht in dem Abhängigkeitsverhältnis liegen des anfänglich mit dem Buchhandel vereinigten Buchdrucks, und latter (sonst fast 400 Jahre zurück). Wenn wir das Strahlende Werk — auf das wir Buchdrucker übrigens mit Stolz blicken dürfen — studieren, so finden wir, daß die Buchdruckergehältern, von denen man sich jeder neben einer technischen Fertigkeit ganz bedeutende Allgemeinkenntnisse verlangt, ungeschätzt für ihre Gesundheit schädlichen Einflüsse ihres Berufs, verhältnismäßig am schlechtesten von allen Handarbeitern bis auf den heutigen Tag bezahlt waren. So bildete auch die Unfälle, daß ledige Gehilfen bei zwölfstündiger Arbeitszeit bezogen waren, gegen Kost und Wohnung und einigen Wochen Geld ihre Kraft einzusetzen, vielfach die Regel.

Ich will aus meinem Buchdruckerleben nur 40 Jahre zurückgreifen. Als ich im Jahre 1881 in M. in einer der größten Druckerereien am Ort als junger Gehilfe eintrat, erhielt meine Berufsvorstellung meine harten Stoffe, indem man die Gehilfen, die nicht im Verbandsverband waren, mit wöchentlich 12 Mk. (sage und schreibe 12 Mk.) entlohnte; für Überstunden wurden bei achtstündiger Arbeitszeit „natürlich“ 20 Pf. bezahlt. Vier mehrere Jahre in der gleichen Druckererei hantieren, brachte es mich auf 13 Mk. Da fanden verbeiratete Kollegen mit 15 Mk. Wochenlohn; wie es da in wirtschaftlicher Beziehung in einer solchen Familie auslief, will ich lieber nicht schildern. Meinem Kollegen, der vom Militär zurückkam, waren 12 Mk. zu wenig, er legte der Kunst Valet, ging unter die Mauer und verdiente 18 Mk. Unter den etwa 40 Gehilfen in besagter Druckererei waren zehn Verbandsmitglieder, die das Minimum von 19,50 Mk. erhielten, von denen man aber auch vielfach philosophische Kenntnisse verlangte. Im Jahre 1882 reorganisierten wir 30 „Schuster“ und verlangten 15 Mk., andernfalls wir streiken würden. Ich war damals unter der dreigliedrigen Kommission, die bei der Geschäftsleitung (Prinzipal Millionär) in der Sache vorstellte und mit mir fiel die Aufgabe zu, den Herren vorzurechnen, wie man mit 12 Mk. in der Woche in einer feuren Stadt leben kann. „Was wollen Sie,“ wurde ich grob angefahren, „die Gehilfen sind ja Menschengebunden mit diesem Lohn angekommen und nun kommen Sie...“ Wir erklärten zu freikeln. Nach achtstündigem Streik kam ein Kompromiß zustande, indem uns 15 Mk. garantiert wurden. Unter energischen Vorgehen importierte der Verbandsleitung derart, daß sie sich unter annahm. Wir 30 Mann wurden dann in folgenden Satz: „Bem alle gemeinlichen Unternehmern der Buchdrucker...“ stimmten und damit brachten wir uns auf 19,50 Mk. Die Freude und der Stolz, die bei unserer Aufnahme unter uns herrschte, daß wir nun Verbandsmitglieder waren, war grenzenlos, um so mehr, als wir uns das schöne Ziel erkämpft hatten.

Kampfergeist fanden wir bei der 1886er Bewegung unser Mann und legten wieder; die Prinzipalität wollte barock verzweifeln. Dann kam der Neunhundertkamp 1891 und die Prinzipalität protestierte wie immer und glaubte damals bei der Einführung, daß ihre Existenz am Ende sei. Es war aber das Gegenteil zu beobachten. So wurde gewissermaßen im Laufe der Jahrzehnte das Lohnsystem rudimentär, aber stets unter heiligen Protesten der gewerkschaftlichen Seite in die Höhe geschraubt, wobei aber die Buchdruckerbesitzer durch prozentuale höhere Druckpreise am besten abkneteten.

Welch innere Abneigung die Prinzipale ihren Gehilfen gegenüber stets und immer bewiesen, möge durch zwei Beispiele illustriert werden. Als im Jahre 1910 der Besitzer einer großen Verdruckererei starb, hinterließ er etwa 5 Mill. Mk. Vermögen. Von dieser Summe vermachte er testamentarisch rund 2 Mill. Mk. an alle möglichen Vereine und Wohlthätigkeitsanstalten und für Legate, aber an die armen alten Seher, die sich oft die Köpfe zerbrachen beim Studium der schlechtgeschriebenen Manuskripte, an die hatte der gute Mann nicht gedacht; sie gingen leer aus, vielfach aus Verärgerung darüber, weil sie 1891 bei ihm gestreikt hatten. Beim zweiten Falle handelt es sich um einen Oberfaktor, der wohl im Sinne seines Chefs gehandelt hatte, als er einmal öffentlich den „gelehrten“ Ausspruch goss: „Es ist viel bedauerlicher, daß man in einer Buchdruckererei Schreibleter verwenden muß!“

Wer bald ein halbes Jahrhundert, wie Schreiber dieses, in so mancher Diktum Gelegenheit gehabt hat, auch psychologische Studien gegenüber seinem Brotherrn zu machen, der hat oft wohl gefühlt, daß von einem etwas patriarchalischen Verhältnis, wie es den Umständen nach sein sollte, er nicht nur nichts verspürt, sondern eher eine unheimliche Abneigung gegen diejenigen empfunden, denen er seine Wohlhabenheit in erster Linie mit zu verdanken hat. Wer laßt nicht bei dem Gedanken, wenn wir Gehilfen beispielsweise uns auf die Großmütigkeit der Prinzipalität verlassen würden und freiwillig arbeiten wollten, bis sie uns bei dem heutigen Stande der mitleidigen Wirtschaftslage eine Zulage geben wollten? Wir würden schon lange mit unserer Familie verhungert am Wege liegen. Auch die Idealität der schönen Kunst gegenüber, wie sie noch vor hundert Jahren durch gemeinsame Begehung der Sobanistieren gelbt wurde, ist längst dahin; man huldigt nur noch der nackten Profitgier. Um so mehr müssen die Gehilfen zusammenhalten und ihren Führern das Vertrauen entgegenbringen, das sie verdienen. Vom deutschen Buchdruckerprinzipal können wir aber nur immer wieder sagen: Immer derselbe!

D. (Stuttgart).

### Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

Berlin SW 48, Friedrichstraße 239  
Briefadresse: J. S. des Geschäftsführers Herrn Paul Schliebs

### Bekanntmachung

Das Tarifkollatium des Arestes II der Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker hat in seiner Sitzung am Dienstag, dem 16. August 1921, folgende Beschlüsse gefaßt:

Auf die durch Bekanntmachung des Tarifamts vom 27. Juli 1921 festgelegten Höhe der monatlichen Wirtschaftsbekämpfung

In Orten mit über 17 1/2 Proz. Volkshauszuschlag	110,— Mk.	für verbeiratete Gehilfen	.. Klasse C
	98,75	.. .. ..	.. .. B
	87,50	.. .. .. ledige	.. .. C
	85,—	.. .. ..	.. .. B
	20,—	.. .. .. Gehilfen der Klasse A	
In Orten mit 10 Proz. bis 17 1/2 Proz. Volkshauszuschlag	88,— Mk.	.. für verbeiratete Gehilfen	.. Klasse C
	79,—	.. .. ..	.. .. B
	70,—	.. .. .. ledige	.. .. C u. B
	18,—	.. .. .. Gehilfen der Klasse A	
In Orten mit 7 1/2 Proz. Volkshauszuschlag	73,50 Mk.	.. für verbeiratete Gehilfen	.. Klasse C
	66,—	.. .. ..	.. .. B
	58,50	.. .. .. ledige	.. .. C u. B
	15,—	.. .. .. Gehilfen der Klasse A	
	10,—	.. .. .. neuangelernte Gehilfen und Lehrjunge	

In allen Orten

wird für die Monate August und September ein Zuschlag von je 150 Proz. in den Orten, die heute eine Sonderzulage haben, bewilligt, zahlbar jeweils am 3. Lohnlage des Monats.

Die Orte Arnberg, Meisels, Gummerbach und Wankow sowie alle Orte des Arestes II, die keine Sonderzulage haben, erhalten, soweit sie 12 1/2 Proz. und mehr Volkshauszuschlag haben, einen Zuschlag von 125 Proz. auf die monatliche Wirtschaftsbekämpfung, und die übrigen Orte von 0 bis einschließlich 10 Proz. Volkshauszuschlag eine Zulage von 100 Proz. auf die monatliche Wirtschaftsbekämpfung.

Gehilfen der Klasse A erhalten in allen Orten des Arestes II außerdem eine monatliche Zulage von 45 Mk. und die neuangelernten Gehilfen eine monatliche Zulage von 30 Mk.

Alle seit dem 25. Juli d. J. getroffenen früheren Vereinbarungen sind nichtig und werden durch das heutige Abkommen ersetzt. Frühere Vereinbarungen, die über die obigen Höhe hinausgehen, bleiben bestehen.

Das letzte Aöner Abkommen bleibt von der heutigen Vereinbarung unberührt.

Den Hilfsarbeitern, soweit sie verbeiratet sind und über 21 Jahre alt oder sonst je ledig und über 24 Jahre sind, ist ein anteilmäßiger Betrag nach den für die Entlohnung im Reichsarbeitsgesetz festgesetzten Prozentsätzen zu zahlen. Die für die A-Klasse festgesetzten Beträge kommen für die Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen nicht prozentual, sondern voll zur Auszahlung.

Aöln, den 17. August 1921.

Tarifkollatium des Arestes II der Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker.

Herrn Schliebs, Prinzipalvorsitzender, Geschäftsvorstand.  
Dem Tarifamt zur Kenntnisnahme vorgelegt und von demselben genehmigt.

Berlin, den 22. August 1921.  
Tarifamt der Deutschen Buchdrucker  
Hans Heenemann, Robert Braun,  
Prinzipalvorsitzender, Gehilfenvorsitzender.  
Paul Schliebs, Geschäftsführer.

### Briefkasten

H. Schr. in A.: Wird aufgenommen! — Fr. B. in S.-O.: Der in Frage kommende Mitarbeiter hat über das Buch in gemäßigter Weise als Sachmann sein Urteil abgegeben. Und wir haben gefunden, daß sich dieses in sehr vorläufigen Bahnen hält. Ein „Handbuch“ muß mehr praktische Ratsschlüsse enthalten, wenn es diesen Titel mit Recht beanspruchen will. Mit einem so großen Teil historischer Betrachtungen und Schilderungen technischer Hilfsmittel der Vergangenheit ist nach praktischen Ratsschlüssen in einem Handbuch suchenden Kollegen nicht gedient. Eine Benutzung des historischen vom praktischen Teil in zwei verschiedenen Werken wäre zweckmäßiger und weniger Irrführend auch in Hinblick auf die Kosten des Buches. Wir behalten daher, den Abdruck Ihrer Erwiderung ablehnen zu müssen. — G. O. in Hamburg: Westen Dank und Gruß. Der „Block“ plantiert von einem „Abfall“. Die etwa 2000 Teilnehmer an jener Versammlung können daraus ersehen, wie „wahrheitsgemäße“ Abfallung“ betrieben wird. — G. B. in Berlin-U.: Darüber müssen wir selbst erst genauere Erörterungen in Bonbon einlegen. — A. Sch. in Neust.: E. Stamm, Betrag ging am 30. Mai hier ein. — S. C. in Bln.: 24 Mk.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chammisloß 5 II.  
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

### Bekanntmachung

Statistikarten für die Zählung der Arbeitslosen einfinden!

Wir ersuchen die verehrlichen Vorstände, den Termin für die Einbringung der genauen Statistikarten über die Arbeitslosigkeit im Monat August 1921, 7. September 1921, pünktlich einzubringen. Spätere Eingänge können unter keinen Umständen mehr berücksichtigt werden. Stichlag ist der 27. August. Die Karten müssen auch dann eingelangt werden, wenn Arbeitslose nicht vorhanden waren. Auf richtige Frankierung der Karten ist zu achten!

Berlin, Die Hauptverwaltung.

### Adressenveränderungen

Mehl. Vorstände: Max Schringer, Röhlsche 397.  
Herrn B. (Erlaucht-Machungsmittelfabrik) Vorstände: Max Schringer, Erlaucht 34; Kassierer: Hans Oberl, Wende-straße 3.

Oberhausen (Rheinl.). Infolge Umkreisungs des Vorstandes sind sämtliche Sendungen an den Kassierer Konrad Becher, Simboldstraße 5, zu richten.

### Zur Aufnahme gemeldet

(Eingewandten innerhalb 14 Tagen an die beigefügte Adresse):  
Im Gau Leipzig die Seher 1, Joseph Köhler, geb. in Leipzig-Gurlich 1900, ausget. in Leipzig 1917; 2. Alfred E. Jart,



# Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelaummern 20 Pfennig des Crempfar. Der Betrag ist bei Bestellung gleich mitzuliefernd.

Beilage zu Nr. 98 — Leipzig, den 25. August 1921

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

## □ □ □ Korrespondenzen □ □ □

**-r. Baden-Baden.** In der Versammlung vom 13. August machte Vorsitzender Rörner zunächst Mitteilung vom Ableben eines Kollegen. Hierauf wurde in die Besprechung der Feuerungszuschläge eingetreten. Wie ein roter Faden glichen sich die Klagen der schlechten Entlohnung durch die Versammlungen. Besonders was unsere Bäderstadt anbelangt, ist eine Mehrforderung andern Orten mit denselben Lokalzuschlägen gegenüber am Platze. Alle notwendigen Bedürfnisse sind teurer als sonstwo. Ein Spiegelbild der Stimmung der heiligen Kollegschaft ist die einstimmig angenommene Resolution, die an den Gehilfenvertreter Klein (IV. Kreis) gerichtet ist: „Die Mitgliederversammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den im Tarifausschusse stattgefundenen Verhandlungen. In Anbetracht der Preissteigerungen sämtlicher Lebensmittel, besonders des Brotes, Fleisches usw., sind die gemachten Zugeständnisse nur als Sobn auf die traurige Lage der Gehilfenschaft aufzufassen. Die Versammlung ersucht die Gehilfenvertreter, bei den im September stattfindenden Verhandlungen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Machtmitteln das zu erreichen, was zur Erhaltung der Gehilfenschaft notwendig ist.“

**Berlin (Drucker — Vierteljahrsbericht.)** Am 9. April fand das 25jährige Stiftungsfest unseres Vereins statt. Wir hatten die Freude, eine große Anzahl Jubilare, Mitbegründer des Vereins, begrüßen zu können. Das Programm war künstlerisch hervorragend und das Fest nahm bei sehr starkem Besuch einen äußerst harmonischen Verlauf. — In der Versammlung am 21. April referierte Herr Max Schröder über „Moderne Reproduktionsverfahren“. Die sehr gut besuchte Versammlung folgte dem vorzüglichen Vortrage mit regem Interesse und lobte ihn mit starkem Beifalle. — Für den Sinterfabriktag war eine Besichtigung der Papierfabrik Wolfswinkel-Eberswalde angelehrt, die aber infolge eingetretener Schwierigkeiten leider nicht stattfinden konnte. Statt dessen besichtigten wir den Berlin-Stettiner Kanal und seine großartigen technischen Anlagen. Die Eberswalder Kollegen, mit denen uns noch ein gemütlicher Abend verlebte, hatten in freundschaftlicher Weise Führer gestellt. Herr Friedrich Kupsch (Leipzig) hielt am 18. Mai vor über 100 Teilnehmern einen Vortrag über „Die Geschichte und Entwicklung des Universitäts-Anlageapparats“ und erntete hierfür lebhaften Dank. Dem Kollegen Quastig wurde zu seinem 50jährigen Berufsjubiläum eine Ehrung durch Ansprache, Diplom und Blumenpende dargebracht. — Am 16. Juni hatten wir die Freude, unsern Kollegen Orphanmann begrüßen zu können, der „Wirtschaftliche Tagesfragen“ behandelte. Er beleuchtete die Verhältnisse, unter denen wir jetzt zu leben gezwungen sind und mahnte die Kollegschaft zur Einheit in den noch bevorstehenden Kämpfen. Der sehr lehrreiche Vortrag fand lebhaften Anklang. — Das Sommerfest am 16. Juli hatte leider, trotz eines vorzüglichen Programms, nur einen minimalen Besuch zu verzeichnen. — In der Generalversammlung am 21. Juli gab der Vorsitzende eine Übersicht über die im ersten Halbjahre geleistete Arbeit des Vorstandes. Der Bericht des Kassierers zeigte, wie nicht anders zu erwarten, infolge der Erhöhung aller Kosten eine besorgniserregende Abnahme des Kassenbestandes. Kollege Keller als Vorsitzender des Kreisvorstandes, das Interesse unser Provinzkollegen für unsere Spartenbewegung zu erwecken, die erzieherische Arbeit nicht ohne Erfolge waren. An die gehörten Berichte schloß sich eine Diskussion, die aber keine wesentlichen Momente zeitigte. Es wurde beschlossen, im August eine außerordentliche Generalversammlung abzuhalten, die sich mit einem aus den Reihen der Kollegen heraus gestellten Antrag auf Beitragserhöhung beschäftigen soll. — In allen Versammlungen der letzten Zeit spielte die für uns Drucker sehr ganz besonders bedeutungsvolle Frage eine große Rolle. Denn immer mehr Firmen stellen Offsetmaschinen auf, durch die uns eine große Anzahl reiner Buchdruckerarbeiten entzogen werden. Die Zahl der arbeitslosen Drucker steigt dadurch noch höher. Es ist daher sehr wohl zu begreifen, wenn sich unter Kollegen eine große Erregung bemächtigt. Diese wird noch gesteigert durch das Verhalten der Stein-drucker und ihrer Organisationsleitung, die bei den bisher gepflogenen Verhandlungen über die Befreiung der Offsetmaschinen recht wenig Relingung zeigten, unsere berechtigten Forderungen entgegenzunehmen. Welche Stimmung in unsern Versammlungen herrschte, geht aus den eingehenden Anträgen hervor, den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund als Schiedsinstanz anzuerkennen sowie eine Protestversammlung der Berliner Buchdrucker zu veranstalten. Auf Wunsch der Kollegen, die der Verhandlungskommission angehören, wurden jedoch diese Anträge der Kommission als Material und zur Berücksichtigung überwiehen. Es soll noch einmal alles mögliche versucht werden, mit der Bruderorganisation der Stein-drucker zu einer Einigung zu gelangen. Jedoch wurde

zu Ausbruch gebracht, daß es höchste Zeit sei, daß die Verhandlungen, die sich bereits über Monate hinzieben, zum Abschlusse kommen.

**Göttingen.** Aus der Versammlung vom 6. August ist folgendes hervorzuheben: Der Ortsvereinsbeitrag wurde von 20 auf 50 Pf. erhöht. Dem vom Gauvorstand angeregten Plane, Mitteilungen für den Gau Hannover herauszugeben, stimmte die Versammlung in der Erwartung zu, daß der Lokalverein Hannover und der Ortsverein Braunschweig auch weiterhin die Mittel aufweisen, die deren eigene „Mitteilungen“ bisher erforderten. Dann wurde folgende Entschliessung angenommen: „Der Ortsverein Göttingen glaubt in dieser Zeit der hochgehenden Erregung unüberwindlich zum Ausdruck bringen zu müssen, daß er einen Nutzen für die Allgemeinheit der Kollegen nur dann erwartet, wenn alle Ortsvereine zum Verbandsvorstand und den Gehilfenvertretern stehen. Gewiß kann das Ergebnis der letzten Verhandlungen nicht befriedigen, doch gebührt unsern Vertretern Dank, daß sie einem nicht zu unterschätzenden Gegner ohne opler-vollen Kampf etwas abgerungen haben. Wir halten Disziplin und wollen nicht die notwendigen Maßnahmen des Verbandsvorstandes durch öffentliches Vorgehen durchkreuzen.“

**Grünberg i. Schl. (Drucker.)** Um einem lang-erlebten Wunsche der heiligen Bruderkollegen gerecht zu werden, fand am 7. August unter zahlreicher Beteiligung der Glogauer und Neusager Drucker sowie der heiligen Seherkollegen die offizielle Gründung einer eigenen Vereinigung statt. Unter dergestaltiger Bezirksvorstehender Paul Schubert (Glogau) referierte einleitend über Zweck und Ziele der Maschinenmeistervereine und hob sodann die neugegründete Vereinigung aus der Taufe. Die Wahl des Vorstandes ergab u. a. folgendes Resultat: Frh. Mutschinsko (Vorsitzender) und Erich Schirich (Kassierer). Hierauf hielt Kollege Albert Röhönd (Glogau) einen Vortrag: „Allerlei Wissenswertes aus der Praxis vom 1. August bis zum 31. März und Bierabend-druck“. Gut durchdacht und an Hand demonstrierter Materials verstand er es, das Interesse aller Anwesenden zu wecken. Mit den dargebrachten besten Glückwünschen für den jungen Verein und einem kräftigen Kos auf Verband und Sparte nahm die Versammlung ihren würdigen Abschluß. — Am Nachmittage versammelten sich die Teilnehmer zu einem gemeinschaftlichen Spaziergang über Grünbergs Rechenbühl. Einkehr wurde im herrlich gelegenen Restaurant „Schillerhöhe“ gehalten, wo im gemütlichen Beisammensein wieder einmal die richtige Feststimmung zum Ausdruck kam. Willkommend und mit dem Bewußtsein, wieder einmal ein paar frohliche Stunden in unserer Rechenbühl verlebt zu haben, rückten sich die auswärtigen Kollegen zur Heimfahrt.

**Hagen i. W.** Eine starkbesuchte außerordentliche Versammlung unseres Ortsvereins am 6. August nahm nach lebhafter Aussprache die nachstehende Entschliessung mit großer Mehrheit an: „Die Versammlung kann in dem Ergebnisse der Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium keineswegs einen auch nur annähernden Ausgleich gegenüber der Verleuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel erblicken, will aber gewerkschaftliche Disziplin wahren; sie erwartet aber von den September-verhandlungen, daß hierbei den Prinzipalen endlich begreiflich gemacht wird, daß wir als Gehilfen, also ihre Mitarbeiter im Betriebe, doch berechtigt sind, ebenso wie sie eine Lebensgestaltung zu erhalten, die uns, wie den Prinzipalen, gestattet, in gleicher Weise menschenwürdig weiterzuleben, daß also alle Löhne, nicht wie bisher in fast minimaler Weise, sondern in einer den wirklichen, jetzt herrschenden Verhältnisse entsprechenden Weise erhöht werden. Die Hagenener Gehilfenschaft erkennt nicht, daß das Vorgehen der Köhler Kollegen der großen Not entspricht.“

**Legnitz.** Nach zweijähriger Pause hatten sich die Kollegen des Bezirks Legnitz am 14. August in Neumarkt zu einer Bezirksversammlung zusammengefunden. Erschienen waren 137 Kollegen aus den Orten Bunzlau, Hannau, Goldberg, Ribben, Gauer, Kosenau, Neumarkt, Parchwitz und Legnitz. Bezirksvorsitzender E. Scholz erwähnte bei der Begrüßung, daß die Hoffnungen, die wir beim letzten Zusammensein auf die Zukunft gesetzt hätten, nicht in Erfüllung gegangen seien. Viel schlimmes, nicht erwartetes Leid sei über uns hereingebrochen; noch mehr hätten aber unsere oberflächlichen Kollegen zu erdulden, denen wir wärmste Sympathie entgegenbrächten. In seinem Tätigkeitsberichte gab der Vorsitzende ein anschauliches Bild über die Lage des Bezirks. Der Mitgliederstand des Bezirks zählt zur Zeit 288 mit 61 bei uns organisierten Lehrlingen. Denen gegenüber stehen 24 Andersorganisierte mit 5 Lehrlingen. Der Vorsitzende streifte ganz besonders die mißliche Lage, in der sich die Kollegschaft augenblicklich befindet, und gestellte die Handlungsweise untrer Arbeitgeber, erwidern, daß es noch viele Einseitige gebe, denen aber die Hände von seiten des Buchdruckervereins gebunden seien. Die Aussprache über den Bericht ergab, daß man am Ende der Straß sei, und laut, laut müsse man es den Prinzipalen in die Ohren schreien, wie groß die Not sei, in der wir uns befänden, denn nur sie seien imstande, uns

zu helfen. Unserm anwesenden Gauvorsitzer Fiedler wurde auf den Weg gegeben, daß bei den Verhandlungen im September alles daran gelebt werden müsse, um wenigstens einen einigermaßen gerechten Ausgleich für die in Aussicht stehenden Verleuerungen der Lebenshaltung zu erreichen. Die zum Ausdruck genommene Stimmung zeigte, daß die Gehilfen bereit sind, mit allem Mitteln für eine Verbesserung ihrer nicht mehr ertragbaren Lage einzutreten. Kassierer Berdau erstattete sodann den Bericht der Bezirkskassa, die mit 2766,30 Mk. abschließt. Der Vorsitzende hob die segensreiche Wirkung der vor einem Jahre gegründeten Bezirkskassa hervor, was man an dem guten Betuche der Versammlung sehen könne. Den Jungbuchdruckern wurden zum Zweck einer Bezirkslehrlings-versammlung 300 Mk. bewilligt. Für die nächste Bezirksversammlung wurde als Tagungsort Hannau bestimmt und beschloßen, alljährlich mit der Bezirksversammlung ein Bezirksjahresanlass zu feiern. Nach einer kurzen Mittagspause sprach Gauvorsitzer Fiedler (Breslau) in einem einstündigen Referat über: „Soziallohn oder Leistungslohn?“. Die allgemeinverständlichen Ausführungen über dieses wichtige Thema waren ansgenau, um Diskussionen in den einzelnen Vereinen auszulösen. Allseitiger Beifall zeigte, daß die Kollegen mit den Worten des Referenten einverstanden waren. Die Diskussion, sehr sachlich geführt, wurde von fast allen Rednern benutzt, um die Worte des Referenten zu unterstreichen. Nach Dankesworten für den Redner ermahnte der Bezirksvorsitzende die Kollegen, alles Trennende fernzubalten, um gerüstet zu sein für die kommenden schweren Wochen. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die sehr anregend verlaufene Versammlung geschlossen. — In Verbindung mit der Versammlung fand auch eine Ausstellung der Geben-talentswerke für die Gehilfen des Bezirks statt. Es befanden sich sehr geschmackvolle Arbeiten darunter. Der Gesangsverein „Gutenberg“ (Legnitz) brachte mehrere Chöre auf die Bühne. — Den Schluß der Bezirksversammlung bildete das von den Neumarkter Kollegen veranstaltete Sobnaisfest, das alle Teilnehmer beleinanderte hielt.

**Rüdnburg.** In untrer am 6. August\* abgehaltenen Versammlung referierte unser Gauvorsitzer Klingler über „Nüchternheit und Ausblick“ und schilderte hierin die Situation im Gewerbe in sachlichen Ausführungen. Allgemein wurde in der Diskussion zum Ausdruck gebracht, daß der letzte Schiedspruch uns nicht die nötige Geben-aufbesserung gebracht habe und die Erwartung ausgesprochen, daß die Tarifausschüttung im September uns unbedingt den nötigen Lohnausgleich bringen möge. Demgemäß wurde ein Antrag, den Schiedspruch abzulehnen und dafür öffentlich vorgehen um der Forderung einer wöchentlichen Zulage von 100 Mk., abgelehnt.

**Wetßen.** Die heilige Kollegschaft nahm in ihrer Versammlung vom 11. August Stellung zu dem Schiedspruch vom 25. Juli. Der Vorsitzende gab ein kurz zusammengefaßtes Referat an Hand der „Storr.“-Berichte sowie nach Gehörtem auf der Bezirksvorsteherkonferenz. Nach der Debatte fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die Versammlung der Mitglieder des Meibner erkennt die Tüchtigkeit ihrer Vertreter an, bedauert jedoch die lokale Rückständigkeit untrer Interneher, die sich besonders bei den letzten Verhandlungen wieder stark zeigte. Die minimale Erhöhung des monatlichen „Einkommens“ (Wirtschaftsbeihilfe) genügt nicht im entferntesten, auch nur die neue Feuerung auszugleichen, viel weniger noch die Lage der Gehilfenschaft zu verbessern. Die Versammlung fordert ihre Vertreter auf, bei den September-verhandlungen ganz energisch auf einer bedeutenden Erhöhung der Feuerungszulage (unter Wegfall der Wirtschaftshilfe) zu bestehen, die auch uns Buchdruckern endlich einmal ein wenigstens einigermaßen menschliches Dasein liefern läßt (was zur Zeit nicht der Fall ist) und uns mit der großen Mehrheit der Arbeiterschaft gleichstellt. Sollten auch bei diesen Verhandlungen unsere Interneher wieder ihr bisheriges trauriges Verhalten zeigen, sind die Versammlung bereit, auch mit dem letzten und schärfsten Mittel für ihre Forderungen einzusetzen und zu kämpfen.“ Nach Erledigung interner Angelegenheiten, Stellungnahme zur bevorstehenden Krankenkassenwahl, Aussprache über die am 1. März bestehende Wallmuskassa usw., fand die außerordentliche Versammlung ihr Ende.

**Schneidemühl.** In untrer letzten Versammlung beschäftigten wir uns eingehend mit der seit dem 1. April 1921 hier gegründeten Zeitungsdrucker Reichberg („Deutsches Rundschau“), Organ der Deutschen Nationalen Volkspartei, die bisher in Lütz (Westpreußen) bestand und wo noch sehr recht traurige finanzielle Zustände bestanden. Aus diesem Anlasse war Gauvorsitzer Reinko (Stettin) hier anwesend und nahm an der Versammlung teil. Am nächsten Tage wurde dann auf Veranlassung des Kollegen Reinko mit dem Inhaber der Firma B. Reichberg wegen der Tarifanerkennung in etwa zweifelhafte Aussprache eingehend verhandelt. Leider konnte, infolge der Notwendigkeit des Herrn Reichberg, eine Einigung nicht zustande kommen, da Reichberg wegen der Nichtanerkennung der dort beschäftigten drei Arbeiterinnen die Anerkennung des Tarifs ablehnte. Darußhin haben wir uns veranlaßt,

upre drei Kollegen dort herauszuziehen und die Firma B. Reibberg („Ostdeutsche Rundschau“) als Tarifstreuer und für Verhandlungsmittler als geliebt zu betrachten. Die drei aus diesem Betriebe herausgezogenen Kollegen wurden in den am Orte befindlichen Druckereien in Konditionen untergebracht. Leider lehrte dennoch nach drei Tagen ein Gehilfe (Alexander Storn) wieder zu der Firma zurück, um als Nichtverhandelter dort beschäftigt zu werden. Konditionsangebote von der Firma Reibberg („Ostdeutsche Rundschau“) in Schnellbrief, Kassestraße 4, sind selbstverständlich unbeachtet zu lassen.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

**Amfliche Druckerarbeiten nur an tariffreie Firmen.** Wohl die Ministerien aller deutschen Staaten haben auf Veranlassung ihrer Regierungen schon seit dem Jahre 1904 durch entsprechende Verfügungen allen untergeordneten Dienststellen aufgegeben, amfliche Druckerarbeiten nur an tariffreie Druckereien zu vergeben. Nicht überall wird diese Verfügung eingehalten, weshalb Vorstände und Funktionäre darauf aufmerksam gemacht sind, dort, wo nicht tariffreie oder aus dem Verzeichnisse wieder gestrichene Firmen in Frage kommen, mehr wie fester ihr Augenmerk auf die strikte Beachtung dieser Verfügung zu richten. Der Bau Württemberg macht in seinen „Mitteilungen“ bekannt, daß die Buchdruckereien Karl Bauer in Nürtingen, Heinrich Haas in Gmünd, J. B. Grohmann in Großbottwar und Karl Rohm in Lorch wegen Nichtbeachtung des Tarifs aus dem Verzeichnisse der tariffreien Firmen gestrichen sind. Alle Streiks müßten in dieser Weise die Tarifgegner in Erinnerung bringen. Den örtlichen oder benachbarten größeren Vereinen obliegt es, mit allen Mitteln sich dafür einzusetzen, daß diesen Betrieben keine behördlichen Aufträge zugewiesen werden und daß auch bei Privataufträgen auf die meßten mangelhafte und daher weniger wirkungsvolle Ausstattung der Arbeiten solcher Betriebe aufmerksam gemacht wird.

**Meisterprüfung.** Vor dem Prüfungsausschusse der Handwerkskammer in Koburg bestand der Scherholze G. A. Wiedemann die Meisterprüfung.

**„Der Graphische Bund.“** Die Augustnummer der Betriebsratzeitung für die graphische und papierverarbeitende Industrie unter vorliegendem Titel ist loben zur Ausgabe gelangt und bringt gleich den vorausgegangenen Nummern wieder eine Fülle von Anregungen für praktische Gewerkschaftsarbeit, die jeder Kollege als Betriebsrat oder zur Mitarbeit an der Betriebsratelache oder innerhalb der Organisation verwerthen kann. Der Leitartikel „Ziele und Wege“, auf den wir ganz besonders verweisen, behandelt die wichtige Frage des Industrieverbandes oder der Einzelorganisations im graphischen Gewerbe. Mögliches und Unmögliches, das an den harten Tatsachen scheitern muß, wird hier einander gegenübergestellt. Auch die folgenden beiden Aufsätze sind der sehr aktuellen Frage gewidmet: „Einige Worte zum Graphischen Industrieverband“ von W. Etaphan in Frankfurt a. M. und „Was wir wollen und müssen“ von Karl Kircher in Darmstadt. Aber die Tätigkeit der Betriebsräte schreibt Kollege Franz Baier in Nürnberg in einer Abhandlung „Das Arbeitsbrot und § 71 des Betriebsratengesetzes“. Des weiteren finden sich wertvolle Beiträge unter den folgenden Rubriken: „Oseley und Redl“, „Sojales“, „Die Gegner“, „Arbeiterbewegung“, „Die Graphischen Verbände“ und „Das graphische Kartell“.

**Betriebsräte und Pressefreiheit.** Der Ausschuss der Betriebsräte des graphischen Gewerbes in München hat am 17. August wegen Verstoßes der dortigen „Morgenpost“ folgende Entschliessung einstimmig angenommen und dem Staatskommissor für München (Stadt und Land) zur Kenntnis gebracht: „Der Staatskommissor für München hat das Erscheinen der Münchner Morgenpost mit sofortiger Wirksamkeit verboten. Er hat damit erneut die Einseitigkeit der bayerischen Behörden bewiesen. Während gewisse Blätter den Klassenhaß in einer kaum zu übertreffenden Form betreiben und gleichsam unter dem Schutze der Polizei ihre Schreibweise ungehindert fortsetzen können, verfolgt man die linksgerichtete Arbeiterpresse in einer Weise, wie sie richtsichsloser nicht mehr sein könnte. Schon öfter haben die Betriebsräte des graphischen Gewerbes sich gegen eine solche Anebelung der Pressefreiheit gewandt. Sie sehen in ihr ein Mittel der Reaktion, das anzuwenden eines demokratischen Staates unwürdig und das in dieser Form auch ungesetzlich ist. Der Ausschuss der Betriebsräte des graphischen Gewerbes verweist aber auch auf die wirtschaftlichen Folgen solcher Zensurverbote, durch welche in erster Linie doch die Arbeiter betroffen werden. Durch obiges Vorgehen werden, wie dem unterzeichneten Ausschusse mitgeteilt wurde, eine große Reihe von Arbeitern drofflos. Die Betriebsräte verlangen vom Herrn Staatssekretär unweigerlich die uneingeschränkte Herstellung der Pressefreiheit in Bayern und werden für diese Forderung mit allen ihnen gebliebenen Mitteln eintreten“. Auch der Verband der Deutschen Buchdrucker (Bau Bayern und Mitgliedsschaft München) hat in Gemeinlichkeit mit den übrigen Organisationen (Graphischer Hilfsarbeiterverband, Deutscher Buchdruckerverein, Verein Münchner Buchdruckerbesitzer, Schutzbund der Münchner Presse, Landesverband der Bayerischen Presse) unter ausführlicher Begründung einen Protest gegen das Verbot an das Ministerium des Innern gerichtet. Ob die Regierung wahr angehts dieser Proteste zur Einsicht kommt, kann nicht ohne weiteres gesagt werden. Wir hoffen es aber und darüber hinaus muß verlangt werden, daß in Bayern

endlich bald andre Praktiken die Oberhand gewinnen, die politisch der Arbeiterschaft gegenüber duftamer sind und wirtschaftlich nicht schädigend wirken.

**Tagung der Deutschen Buchdrucker-Berufsgenossenschaft.** Die Deutsche Buchdruckerberufsgenossenschaft, die zugleich mit dem Deutschen Buchdruckerverein in Bad Wilsdorf tagt, hat ihre ordentliche Genossenschaftsversammlung auf den 6. September anberaumt. Aus der Tagesordnung sind neben den üblichen Punkten hervorzuheben: Erhöhung des Betriebsfonds; Nachträgliche Genehmigung der bei der letzten Umlage erfolgten Miterhebung von 400000 Mk. als Sonderfond für rückwirkend ab 1. Januar zu zahlende Rentenerhöhungen; Beschlußfassung über die Anlegung des vom Reichsversicherungsamt festgestellten Zuschlags zur Rücklage in Höhe von 330000 Mk.; Festsetzung von Reisekosten; Satzungsänderungen: Im § 55 Ziffer 1 wird die Zahl 15000 durch 50000 und in Ziffer 8 die Zahl 1800 durch 10200 ersetzt; Beschlußfassung über künftige Sanobachtung der Rentenfestsetzung.

**Diebstahl geistigen Eigentums.** Unter dieser Spitzmarke berichten wir in Nr. 86, daß das Schöffengericht in Frankfurt a. M. Albert Manbaum in Berlin wegen Verkaufes eines Manuskripts, das er wortwörtlich abgeschrieben haben sollte, zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt hat. Manbaum will aber das Manuskript von einem Bruno Halle (Berlin) als Originalarbeit übernommen haben, was nicht gegen das Preisgebot verstoße. Es seien auch nur wenige Zeilen abgeschrieben und nicht das ganze Buch. Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt.

**Werkmeißler als Streikbrecher.** Der Deutsche Werkmeisterverband legt besonderes Gewicht darauf, festzustellen, daß bei den beiden Mitgliedern ihres Verbandes, die bei der Firma Aschelm beschäftigt sind, kein Beweis von Streikarbeit erbracht werden kann. Es hämen nur Nichtorganisierte oder Mitglieder des Faktorenbundes in Betracht, die die Streikarbeit unterstützt haben.

**Offene Stellen für besichtigte Gewerkschafter.** Durch den Zentralfellennachweis des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Berlin SO 16, Engeluler 24) werden gelucht: Gewerkschafts- und Betriebsratsekretär für Willenberge (Bez. Poldsdam). Mindestens zehnjährige gewerkschaftliche Mitgliedschaft wird zur Bedingung gemacht. — Hilfskraft für Arbeitersekretariat Rosenheim. Bedingungen: Beherrschung der Stenographie und Schreibmaschine, fünfjährige gewerkschaftliche Mitgliedschaft, drei Monate Probezeit vor fester Anstellung. — Ausführliche Bewegungen mit Gehaltsansprüchen sind an genannte Zentrale zur Weiterbeförderung möglichst sofort einzulenden.

**Die Teuerung nach der Reichsstatistik im Juli 1921.** Die Reichsindexziffer für die Lebensunterhaltungskosten, die vom Statistischen Reichsam auf Grund amflicher Erhebungen des vom Reichswirtschaftsam eingerichteten Eidienstes (47 deutsche Städte verschiedenster Größe und Lage) über den notwendigen Aufwand einer fünfköpfigen Familie für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung berechnet wird, ist im Monat Juli auf 963 gestiegen. Die schon im vorigen Monate festgestellte Aufwärtsbewegung der Kleinhandelspreise für die wichtigsten Lebensbedürfnisse hat sich also weiter in beträchtlichem Maße fortgesetzt. Die Juliindexziffer geht nicht nur 67 Punkte über diejenige des Vormonats hinaus, sondern sie übertrifft auch die bisher höchste Indexzahl (Januar 1921) um 39 Punkte. Gemüse und Kartoffeln, besonders Hülsenfrüchte und Getreide steigen im Preise; auch Eier und Milch haben im Preise stark angezogen und Heizungs- und Beleuchtungsmittel nicht minder. Die Bewegung war diesmal fast einseitlich, nur in fünf Orten ging die Indexzahl etwas zurück. Es ist zu beachten, daß diese Statistik sich nicht auf andre im Preise gestiegene notwendige Verbrauchsgegenstände, Steuern usw. erstreckt. Von einem Grenznutzenminimum kann also bei diesen Ziffern keine Rede sein. Seit Februar v. J. (dem Anfange dieser Statistik) ergaben sich folgende Ziffern:

1920	Mo-nats-ziffer der amflichen Reichsstatistik	Mo-nats-ziffer der amflichen Reichsstatistik	Wochen-ziffer der amflichen Reichsstatistik unter Berücksichtigung des Verdarfs für Kleidung, Mäße, Schuhe, Steuern usw.*	Tarifflicher Wochenlohn eines Buchdruckers (nach Klasse für Verheiratete) einschließlich Teuerungszulagen und Mitgliedsbeiträge im Reichsdurchschnitt
Januar	—	—	208	—
Februar	623	158	208	122
März	741	135	247	122
April	836	209	261	122
Mai	876	219	292	170
Juni	842	210	280	198
Juli	842	210	280	210
August	795	199	265	210
September	777	194	258	210
Oktober	827	207	276	210
November	872	218	291	226
Dezember	916	229	305	225
1921				
Januar	924	231	306	225
Februar	901	225	300	240
März	901	225	300	240
April	894	223	297	240
Mai	880	220	293	240
Juni	896	224	298	240
Juli	963	241	321	240

\* Nach den Berechnungsgrundlagen in dem Artikel „Die Bilanz unserer Lebenshaltung“ in Nr. 4 des „Korr.“ vom 11. Januar 1921.

**Gehaltsbewegung der Behördenangestellten.** Die Gehaltsverhältnisse der Angestellten in den Verwaltungen und Betrieben des Reiches und der Länder sind durch einen Tarifvertrag geregelt, der in seinen Grundlagen sich eng an die Befehlsordnungen der Reichs- und Staatsbeamten anlehnt. Der Allgemeine freie Angestelltenbund, Ma-Bund, in dem die freigewerkschaftlichen Angestellten

verbände zusammengeschlossen sind, ist bereits vor einiger Zeit an die Reichsregierung und an die Preussische Staatsregierung herangetreten mit dem Antrag auf Herbeiführung von Verhandlungen über eine Aufbesserung der Einkünfte der Behördenangestellten. Nachdem nunmehr auch die Gewerkschaften der Beamten und der Arbeiter ihre Forderungen an die Reichsregierung gestellt haben, ist zu erwarten, daß die Verhandlungen über eine Aufbesserung der Gehälter und Löhne der Beamten, Angestellten und Arbeiter alsbald ausgenommen werden.

**Konsumgenossenschaften und Brotpreiserhöhung.** Das Tarifamt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine empfiehlt den Genossenschaften, soweit die Angelegenheit nicht durch anderweitige Abmachungen geregelt wird, die Erhöhung des Brotpreises ab 15. August für die bei ihnen beschäftigten Personen durch eine Lohnzulage auszugleichen, die auf 12 Mk. wöchentlich zu bemessen ist. Ebenso empfiehlt es, einen Ausgleich für die in Aussicht stehende Mietssteuer ab 1. Oktober durch eine wöchentliche Zulage von mindestens 1,50 Mk. zu schaffen.

**Der Naturheilmethode eine Gasse.** In vielen kampfreichen Jahren ist es bisher der Naturheilbewegung in Folge des hartnäckigen Widerstandes der Medizin nicht gelungen, der Naturheilmethode die Gleichberechtigung zu verschaffen, die ihr im Interesse der Krankenkassenmitglieder zukommt. Wichtige Naturärzte fehlen, mühen besichtigte Naturheilpraktiker zur Krankenkassenbehandlung zugelassen werden. Aber dazu geeignete Personen sollten die Klassen selbst entscheiden. Der Deutsche Bund der Naturheilvereine stellt zu diesem Zweck zur Revision der Reichsvorschreibungsordnung folgende Anträge, die von jedem Arbeiter unterstützt werden sollten:

Der zweite Satz des § 122, die ärztliche Behandlung betreffend, soll lauten: „Sie umfaßt Hilfsleistungen anderer Personen, wie Beber, Hebammen, Feldhüter, Heilgehilfen, Krankenwärter, Masseur u. dgl. sowie Zahntechniker dann, wenn der Arzt (Zahnarzt) sie anordnet oder wenn Kassenvorstand und Ausschuss die Zulassung nichtprohibierter Heilgewerbetreibender auf Antrag eines Mitgliedes von Fall zu Fall oder auch generell beschließen.“ Absatz 2 des § 122 soll demgemäß lauten:

Der erste Absatz des § 37 erhält folgende Fassung: „Der Kassenvorstand und Ausschuss können auf begründeten schriftlichen Antrag eines Mitgliedes diesem statt der Krankenkasse oder der sonst erforderlichen ärztlichen Behandlung eine bare Leistung bis zu zwei Dritteln des Durchschnittsbetrags des gesetzlichen Krankengeldes gewähren, falls das Mitglied regelmäßig den erforderlichen ärztlichen Nachwuchs bringt, der zum Besitze der Leistungen der Kasse berechtigt ist. Es bleibt im Falle des nach dem ersten Absatz abgeordneten § 123 der A.D. dem Beschlusse des Kassenvorstandes und Ausschusses überlassen, ärztliche Befehlsungen anzuernennen, auch wenn sie nicht durch Kräfteärzte, sondern durch andre vertrauenswürdigere Personen ausgeführt sind.“

Den mit der Leitung der Krankenkassen betrauten Organen muß eine größere Bewegungsfreiheit eingeräumt werden, um den berechtigten Ansprüchen der Kassenmitglieder, die Seilmethode ihres Vertrauens zu wählen, entgegenzukommen.

**Das Kino als Kulturstätte.** Der Oberingenieur Erich M. Meyen (Berlin) hat aus Anbahnungen der Deutschen Lichtbildgesellschaft e. V. einen Lehrfilm „Was deutsche Technik Wunder schuf“ verfaßt und führte ihn selbst mit erläuternden Ausführungen in Königsberg i. Pr. vor. Neben Porzellanmalerei, Schmelzbläuen, Bergwerken, Werkstätten der Schwerindustrie und andern Wundern der Industrie und Technik wird die Arbeit und die Entwicklung im Buchdruckgewerbe von Gutenberg Zeiten bis zur Gegenwart gezeigt.

**Ausbau der englischen Arbeitsgemeinschaften.** In England (schreibt der Ausbau der Arbeitsgemeinschaften rüffig fort. Zur Zeit bestehen 70 Joint Industrial Councils, von denen allerdings 11 nicht tatsächlich funktionieren. Im Zusammenhang mit den J. I. C. sind etwa 1000 Betriebsräte (Works Committees) geschaffen. Entsprechend den Vorschlägen der Witley Commission sind außerdem 32 Industrial Rekonstruktions Committees in solchen Industrien errichtet, in denen die Organisation der Arbeitgeber und Arbeitnehmer noch nicht so stark ist, um die Schaffung eines J. I. C. zu ermöglichen; sie sind als deren Vorläufer anzusehen. Neben diesen bereits eingerichteten selbständigen Organisations sind als solere Zusammenfassungen 93 weitere partielle Ausschüsse errichtet. Man schätzt, daß mindestens 3 1/2 Millionen Arbeiter diesen verschiedenen Arbeitsgemeinschaften angehören.

□ □ □ □ Literarisches □ □ □ □

**„Eine Einführung in die sozialistische Gedankenwelt.“** Von Hans Kohnrad. Fünftes Heft der bekannten sozialistischen Jugendschriftsammlung „Proletarische Jugend“. Das Heft sollte in den weitesten Kreisen des proletarischen Nachwuchses verbreitet werden. Preis 2,50 Mk. Organisations erhalten bei Parteiliebigen Preisermäßigung. Verlag „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Straße 89.

**„Der neue Gesellschaftsunterricht.“** Von Professor Dr. Ludw. Hartmann und Nikolaus Hanningen. Verhandlungen des Ersten Sozialdemokratischen Kulturtages in Dresden. Das Heft gehört in die Hände eines jeden Lehrers und aller Eltern, die ein Interesse an der Erziehung unserer Jugend im neuen Geiste haben. Preis 5 Mk. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

**„Die Einkommensteuer vom Arbeitslohn.“** Von Wilhelm Neill. Wer Auszub. wünscht über die Steuerermäßigungen, die für Frau und Kinder, für mittellose Angehörige, für Berufungshöfen, für ungünstige Familienverhältnisse usw. zu gewahren sind, wer wissen will, wie Überstundenverdienst, Erwerbslosenunterstützung, Verschönerungszulagen usw. steuerlich behandelt werden, wie der Erwerbslohn zu seiner vollen Steuerermäßigung kommt, wie Aufwandsentschädigungen behandelt werden oder wer sonstigen Aufschluß in Steuerangelegenheiten braucht, dem kann die Schrift empfohlen werden. Preis 2,50 Mk. Verlag der „Schwabischen Tagewacht“, G. m. b. H., Stuttgart.